



Gewalt von Links – Der Fall Lina E.

Bericht: Ronny Arnold, Nina Böckmann, Thomas Datt, Oliver Matthes, Christian Werner
Kamera: Arnulf Dietzmann, Uwe Nitschke, Lucas Piossek, Frank Schindler, Christian Werner
Schnitt: David Schöley

Leipzig, 3. Juni 2023

Vergangenen Samstagabend im Leipziger Süden. Barrikaden brennen, Vermummte werfen Steine auf Polizeiautos. An anderer Stelle: 1.000 Menschen über Stunden in einem Polizeikessel. Es ist der Abend der lange angekündigten „Tag X“-Demonstration. Den Protesten voraus ging der größte Prozess, den es seit Jahren gegen Linke gab.

Dresden, 31. Mai 2023

Wenige Tage zuvor, Mittwochvormittag in Dresden. Vor dem Oberlandesgericht kommen Unterstützende der hier Angeklagten zusammen.

Unterstützer:

„Ja wir sind heut hier, weil hier Antifas zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden - und wir sind sehr wütend.“

Verhängt werden sollen die Haftstrafen gegen vier Angeklagte. Unter ihnen auch die Leipzigerin Lina E. Sie wird mit Beifall begrüßt.

Für die Urteilsverkündung müssen die Kameras aus dem Saal. Es wird noch neun Stunden dauern, bis der letzte Verhandlungstag zu Ende ist. Das Ergebnis: Das Gericht zählt alle Angeklagten zu einer kriminellen Vereinigung. Lina E. und Lennart A. werden als Mitglieder zu Haftstrafen zwischen fünf und drei Jahren verurteilt, die anderen als Unterstützer zu bis zu drei Jahren Haft. Die Bundesanwaltschaft zeigt sich zufrieden mit dem Verfahrensausgang.

Alexandra Geilhorn, Bundesanwaltschaft

"Aus Sicht der Bundesanwaltschaft stellt das heutige Urteil klar: Es gibt keine gute politische Gewalt."

Die Verteidigung der Angeklagten hat in der Zwischenzeit Revision eingelegt. Sie hält das Urteil für politisch. Diese Überzeugung teilen auch die Unterstützerinnen:

**Frau: "Das was hier heute passiert ist, ist megaunfair. Ist extrem politisch, wir sind wütend. Genau. Darauf muss reagiert werden, das kann in ganz unterschiedlicher Weise erfolgen."
"Mann: Wir beteiligen uns nicht an diesen Diskussionen und einer Militanzdebatte. Für uns sind alle Formen des antifaschistischen Widerstands grundsätzlich legitim und notwendig."**

Die Militanzdebatte, die innerlinke Auseinandersetzung mit Gewalt, begegnet auch Christin Jänicke in ihrer Arbeit als Sozialwissenschaftlerin. Sie forscht zu zivilgesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus. Dazu hat sie ostdeutsche Antifa-Aktivistinnen interviewt, die in den 80er- und 90er-Jahren aktiv waren.



Christin Jänicke, Sozialwissenschaftlerin Wissenschaftszentrum Berlin

„In den Interviews, die ich mit Antifa-Aktivistinnen geführt habe, ist ziemlich deutlich geworden, dass Gewalt - gerade gegen Personen - immer das letzte politische Mittel ist. Die Frage wie Gewalt heute innerhalb antifaschistischer Zusammenhänge diskutiert wird, kann man glaube ich so nicht einfach beantworten, weil dafür sind die Strukturen zu heterogen. Ich glaube, was jetzt aktuell im Verfahren in Dresden zu beobachten ist, das müssen wir erst noch abwarten. Wie da die Reaktionen seien werden um da wirklich eine Aussage treffen zu können.“

Eine schon seit Monaten angekündigte Reaktion: die Mobilisierung der linken Szene zum sogenannten Tag X nach Leipzig. Es sollte die Antwort auf das Urteil gegen Lina E. und die Mitangeklagten sein - im Internet kursieren Aufrufe, in denen mit hohem Sachschaden gedroht wird. Auch auf Grund dieser Drohungen, verbietet die Stadt Leipzig von Freitag- bis Sonntagabend alle Versammlungen zum Thema Lina E. und dem Verfahren.

Leipzig, 02. Juni 2023

Um das Verbot zu umgehen, rufen Teile der Szene für Freitagabend zu einem "Massencornern", einem Treffen in Connewitz auf. Was als entspanntes Zusammensitzen beginnt, schlägt innerhalb von Minuten um. Die Polizei antwortet mit Tränengas, agiert aber trotz Großaufgebots mit Kräften aus zwölf Bundesländern zurückhaltend. Lediglich drei Festnahmen sind die Bilanz des Abends. Das wird sich am nächsten Tag ändern.

Leipzig, 03.06.2023

Trotz der weitreichenden Verbote findet am Samstag eine Demo für Versammlungsfreiheit statt. Die Teilnehmerschaft: bunt gemischt. Weil sich darunter aber auch Vermummte befinden, will die Polizei die Demo nicht starten lassen.

"Siamo tutti antifascisti"

Kurz nach 18 Uhr eskaliert die Lage, als Teile der Vermummten versuchen, sich in Bewegung zu setzen. Ein Brandsatz wird auf Polizisten geworfen, mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft deshalb wegen versuchten Tötungsdeliktes. In den Minuten danach fliegen noch zahlreiche Steine. Ein Teil der Steinwerfer taucht in der Menge unter, andere entkommen. Dann treibt die Polizei um die 1.000 Leute in diesen Park und kesselt sie ein. Versammlungsanmelder Jürgen Kasek, Stadtrat der Grünen, zieht eine nüchterne Bilanz:

Jürgen Kasek, Stadtrat Leipzig Bündnis '90/Die Grünen

"Der Druck hat tatsächlich zugenommen, die Zeit ging vorbei, ja. Und es war auch Potential dabei, die auch offensichtlich die Lust auf die Auseinandersetzung hatten. Wir haben relativ lange verhandelt. Eine Versammlung trotzdem zu haben, laufen zu können, damit den Druck rauszunehmen - und dafür zu sorgen, dass es halbwegs friedlich bleibt, ist an der Stelle gescheitert."



Obwohl vermutlich nur eine Minderheit gewalttätig war, wird pauschal allen im Kessel Landfriedensbruch vorgeworfen. Unbeteiligte und viele Minderjährige sind darunter. Die Polizei lässt sich mit der Identitätsfeststellung Zeit. Jede Person wird einzeln vorgeführt-offenbar sollen die Eingekesselten so lange wie möglich festgehalten werden.

Zahlreiche Eltern berichten uns am Tag darauf, dass sie über Stunden nicht wussten, wo ihre minderjährigen Kinder sind. Die Polizei hatte sie nicht benachrichtigt. Andere, so auch Rena Claudia Wilken, seien nicht zu ihren Kindern durchgelassen worden. Wir treffen sie zwei Tage später am Ort des Geschehens.

Rena Claudia Wilken

"Die Polizei hat uns versprochen, die Minderjährigen zuerst durch die Maßnahme zu schleusen. Haben sie aber nicht gemacht. Meine Tochter ist 17 und kam 5:50 Uhr nach Hause. Die war eine mit der Letzten. Die war zwölf Stunden in der Maßnahme. Sie hat von Zuständen berichtet, die nach meiner Auffassung menschenrechtsverletzend sind. Tatsächlich ja. Die mussten in den Busch gehen, um ihre Notdurft zu verrichten. Die Polizei hat von draußen drauf gehalten mit der Kamera."

Für ihre Tochter sei es eine traumatisierende Erfahrung gewesen.

Rena Claudia Wilken

"Sie hat ja erlebt, dass sie es nicht wert ist, menschlich behandelt zu werden."

Laut Polizei habe es einen Toilettenwagen gegeben, viele der Festgesetzten hätten diesen aber nicht nutzen wollen.

Leipzig, 05.06.2023

Am Montagabend, wieder Protest. Nach dem Einsatz am Wochenende demonstrieren knapp 800 Personen gegen Polizeigewalt. Unter ihnen eine 12-Jährige, sie selbst nennt sich "Kolibri". Auch sie wollte am Samstag an der angemeldeten Demo teilnehmen, landete dann aber mit ihrer Mutter ebenfalls im Polizeikessel. Erst auf Drängen des Versammlungsleiters, habe die Polizei Mutter und Tochter gehen lassen.

„Kolibri“

"Dann meinte meine Mutter nur so: Komm, wir gehen nach Hause. Wir gucken jetzt mal, ob wir hier raus können. Ging nicht. Ich fand's einfach ein bisschen beängstigend, weil die standen da - teilweise mit Knüppeln und Schilden in der Hand. Was denkst du da?"

Doch so glimpflich ging es nicht für alle aus. Drei Tage nach der Demo treffen wir zwei weitere Minderjährige, beide wollen anonym bleiben. Auch sie waren im Polizeikessel. Zunächst seien sie zu der angemeldeten Demonstration gegangen, hätten nach ihrer Aussage weder Steine noch Flaschen geworfen. Dennoch sei die Polizei hart gegen sie vorgegangen.



Jugendlicher

"Mir konkret wurde dann halt ins Gesicht geschlagen. Als ich dann runtergegangen war, so kurz bewusstlos war, habe ich anscheinend auch noch einen Tritt an den Hinterkopf bekommen. Davor hatte ich auch irgendwie ein Schlag in den Magen kassiert. Ich kann mich an vieles, was ich danach gemacht habe, gar nicht mehr erinnern. Ich weiß nur, dass ich dann von den Sanitäterinnen - die zur Stelle waren - zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort - dass die mir da auf jeden Fall krass geholfen haben."

Doch zu einem Krankenwagen oder ins Krankenhaus sei er lange nicht gebracht worden.

Jugendlicher

"Die Polizei meinte immer wieder, dass die mich nicht aus dem Kessel lassen würden, weil die es nicht als akute Lebensgefahr auslegen würden."

Unsere Aufnahmen zeigen, dass der 17-Jährige noch anderthalb Stunde nach dem Vorfall neben einem Mannschaftswagen liegt. Erst später wurde er auf Druck der Sanitäter ins Krankenhaus gebracht. Die Diagnose dort: eine Gehirnerschütterung und eine Prellung des Jochbeins. Noch immer leide er an Schwindel.

In einem vorläufigen Resümee vom Sonntag weist der Sprecher der Polizei Kritik am Kessel zurück. Auf unsere Nachfrage teilt man mit, Minderjährige seien priorisiert bearbeitet worden. Eine Zahl der eingekesselten Kinder und Jugendlichen könne die Polizei noch nicht nennen - die Auswertung dauere an.

Ob der Einsatz dennoch rechtmäßig war, stellen auch Polizeiexperten wie Clemens Arzt stark in Frage. Er lehrt als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Seine Einschätzung:

Clemens Arzt, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht

"Ich kann jetzt nicht sagen, dass sie sozusagen gegenüber jedem Einzelnen rechtswidrig war. Aber ein eine solche Maßnahme gegen Hunderte von Menschen für eine so lange Dauer, die scheint mir rechtlich nicht zulässig gewesen zu sein."

Auch die schlechte Vorbereitung der Polizei auf den Einsatz, etwa was die zeitige Bereitstellung von Toiletten, Essen und Trinken angeht, wundert den Experten.

Clemens Arzt:

"Ich kann Eltern, aber auch Erwachsenen, die von diesen Maßnahmen betroffen waren, nur dazu raten, sich zu überlegen und sich mit anderen zu beraten, ob sie nicht den Rechtsweg beschreiten. (..) Man kann nur hoffen, dass es hier eine Reihe von Klagen gibt, um diese Vorgänge aufzuklären und zu schauen war das rechtmäßig, wie hier vorgegangen wurde seitens der Polizei."



Was vom Wochenende bleibt, sind Bilder der politischen Ziellosigkeit militanter Linker. Und Bilder der staatlichen Härte, die wohl auch viele Unbeteiligte getroffen hat. Außerdem kamen Samstag zehn Männer in U-Haft. Um Ziele und Mittel von Antifaschismus geht es im Nachgang der Demos nicht mehr.